

Der bauernfeindliche Charakter der Bonner Agrargesetzgebung

Von WERNER BEILICKE, wiss. Assistent

am Kabinett für Gesellschaftswissenschaften der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität

Die Adenauerregierung als Exekutivorgan der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten setzt alle ökonomischen und juristischen Hebel in Bewegung, um die westdeutsche Landwirtschaft den Profitinteressen der Monopole zu unterwerfen. Nach dem „Strukturprogramm“ des Bonner Landwirtschaftsministers Lübke sollen in acht bis zehn Jahren rund 1,5 Millionen klein- und mittelbäuerliche Betriebe aus der westdeutschen Landwirtschaft „verschwinden“. Diese Veränderung der Besitzstruktur mittels systematischer Ruinierung und Enteignung der werktätigen Bauern, der Zusammenlegung ihres Bodens zu kapitalistischen Farmbetrieben nach amerikanischem Vorbild ist der Hauptinhalt der Adenauerschen Agrarpolitik.

Diesem Ziel dienen in engem Zusammenwirken Agrarpolitik und Agrargesetzgebung. Während einerseits Handels-, Preis-, Steuer- und Kreditpolitik die werktätigen Bauern ruinieren, wird andererseits durch eine Reihe gesetzgeberischer Akte die Enteignung juristisch vollendet.

I

Als erste umfassende gesetzgeberische Maßnahme entstand das Gesetz über das landwirtschaftliche Pachtwesen (Landpachtgesetz) vom 25. Juni 1952¹⁾.

Nach der letzten landwirtschaftlichen Betriebszählung im Jahre 1949 besaßen 57,6 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Pachtland. Die Struktur des Pachtlandes wird dadurch charakterisiert, daß 90 Prozent der Pachtland besitzenden Betriebe Zupachtbetriebe sind, also Klein- und Mittelbauern, die erst durch die Parzellenpacht ihre Familie notdürftig ernähren können. Diese Zersplitterung soll durch das Landpachtgesetz beseitigt und die Pachtflächen sollen zur Schaffung großer kapitalistischer Pachtbetriebe herangezogen werden. Über eine „Belebung des Pachtmarktes“ soll eine „gesunde, volkswirtschaftlich und sozial erwünschte Bodenwanderung“ erreicht werden.

Der Profitgier der großen Verpächter, vielfach Junker, entgegenkommend, hebt das Gesetz den bestehenden Pachtpreisstop auf und trägt so entscheidend zur Auflösung der bestehenden Pachtverhältnisse bei. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes sind die Pachtpreise sprunghaft in die Höhe geschneit. Die Pachtpreisforderungen haben z. T. ein Ausmaß angenommen, das in keinerlei Verhältnis mehr zur Ertragslage des Bodens steht. So werden für Böden der niedrigsten Bodenwertzahlen von 20–25, die kaum noch bewirtschaftungsfähig sind, Pachtpreise von 60 und 70 DM je Morgen gefordert²⁾. — In der Deutschen Demokratischen Republik, wo der Pachtpreisstop beibehalten wurde, beträgt der Pachtpreis für Boden gleicher Qualität 3,20 DM je Morgen³⁾.

Die immer höher geschraubten Pachtzinsforderungen aber bringen die auf Zupacht angewiesenen Klein- und Mittelbauern Westdeutschlands in eine immer schwierigere Lage, durch die sie schließlich unter der Einwirkung der verschiedenen Faktoren der Bonner Agrarpolitik zur Aufgabe ihres Pachtlandes gezwungen werden, das nunmehr den Weg zum „besseren Wirt“ antritt. Aufgabe ihres Pachtlandes aber bedeutet in der Regel für die werktätigen Bauern Aufgabe ihrer bäuerlichen Existenz, zwingt sie zum Verkauf ihres überschuldeten eigenen Bodens.

Im Mittelpunkt der Neuregelung aber steht die fast vollständige Beseitigung des Pachtschutzes. Zunächst werden die für den Pachtschutz in Frage kommenden Rechtsverhältnisse gegenüber der RPSchO in der Fassung vom 30. Juli 1940⁴⁾ erheblich eingeengt, indem zwischen langfristigen, vorübergehenden und normalen

Pachtverträgen unterschieden wird. Bei langfristigen Pachtverträgen, d. h. fristgebundenen, schriftlich fixierten Verträgen, die bei Einzelgrundstücken für 9, in allen anderen Fällen für mindestens 18 Jahre abgeschlossen sein müssen, entfällt jeglicher Pachtschutz: die Langfristigkeit hat den Pachtschutz absorbiert. Der Verpächter erhält also in jedem Falle nach Ablauf des Vertrages sein Land zurück. Von der Möglichkeit einer Abweichung in der Festlegung der Dauer von langfristigen Pachtverträgen haben einige Länder Gebrauch gemacht und die Langfristigkeit bereits für 6 bzw. 12 Jahre festgelegt. Diesen Verträgen sind rechtlich solche gleichgestellt, durch die infolge Krankheit oder weil der Erbe zu jung war oder aus anderen Gründen eine vorübergehende Verpachtung stattfand.

Für gewöhnliche Pachtverträge, d. h. für unbefristete, die noch nicht die Dauer langfristiger erreicht haben oder für weniger als 9 bzw. 18 Jahre abgeschlossen sind, ist nach dem Gesetz ein bestimmter Pachtschutz zulässig. Während aber nach der RPSchO eine Verlängerung generell möglich war, wenn das Pachtverhältnis „zur Sicherung der Volksernährung oder zu einer gesunden Verteilung der Bodennutzung“ erforderlich schien, gestattet das Landpachtgesetz nur dann eine Verlängerung, wenn sie „dringend geboten erscheint und bei Abwägung der Interessen der Vertragsparteien die Gründe für eine Verlängerung überwiegen“⁵⁾. Durch dieses „dringend“, um das ein heftiges parlamentarisches Scheingefecht geführt wurde, wird die Tendenz zur Auflösung des Pachtschutzes überhaupt bestimmt. Für die Rechtsprechung gleicht es einer Anweisung, den Satz 2 des § 8 Abs. 1, nach dem die Gerichte die Verhältnisse von Verpächter und Pächter zu prüfen haben, zu ignorieren.

Die Praxis hat das bestätigt. Nach dem Inkrafttreten des Landpachtgesetzes im Jahre 1952 setzte eine breite Kündigungswelle ein, deren Umfang nur annähernd aus der Zahl der bei den Gerichten eingegangenen Pachtschutzanträge zu erkennen ist. So lagen z. B. zu Beginn des Jahres 1955 im Gebiet der Oberlandesgerichtsbezirke Düsseldorf 874 Anträge, Hamm 1210 Anträge und Köln 1080 Anträge vor. Davon wurden bis zu 9 Prozent überhaupt abgelehnt, während bei den übrigen der Pachtvertrag um ein Jahr, im Höchstfall aber zwei Jahre verlängert wurde⁶⁾. Den Pächtern wurde also gerade noch die Zeit zur Abwicklung ihrer Geschäfte gelassen. Von Pachtschutz kann hier nicht mehr gesprochen werden.

Die SPD, die dem Gesetz im Jahre 1952 ihre Zustimmung gab, sah sich jetzt durch einen ihrer Sprecher genötigt, zuzugeben, daß seine Auswirkungen „katastrophal“ seien⁷⁾. In einem einzigen Kreis im Land Niedersachsen, dem Kreis Bersenbrück, wurden bis zum 1. Juli 1954 auf der Grundlage des Landpachtgesetzes 163 bäuerliche Existenzen aufgelöst, 163 Familien auf die Straße geworfen. Der freigewordene Boden wurde zu 51 neuen Stellen zusammengelegt⁸⁾.

Das ist der „Strukturwandel“ in Aktion. Das ist die Zusammenlegung „nicht lebensfähiger“ Betriebe durch die Verjagung ihrer Inhaber.

II

Infolge der vorherrschenden klein- und mittelbäuerlichen Struktur und den ständigen Erbteilungen ist in weiten Gebieten West- und Süddeutschlands die Frage der Flurbereinigung, der Zusammenlegung des in zahllose Parzellen zersplitterten Besitzes von überaus großer Bedeutung. Aber alle, schon seit Jahrzehnten be-

1) BGBl. I S. 343.

2) vgl. Protokoll des 2. Deutschen Bundestages, 29. Sitzung vom 4. Mai 1955.

3) „Die Bauernfibel“, S. 48.

4) RGBl. I S. 1065.

5) Hervorhebung von mir — W. B.

6) vgl. Protokoll des 2. Deutschen Bundestages, 29. Sitzung, S. 4349 und 4356.

7) vgl. Protokoll des 2. Deutschen Bundestages, 29. Sitzung, S. 4349 und 4356.

8) a. a. O.